

Sonderplenenum zu Telefonaufzeichnungen

Rot-Rot-Grün begrüßt Transparenz bei Aufklärung und Einsatz eines Sonderermittlers

Auf Antrag der Landesregierung wurde am 17. August im Landtag ein Bericht über die Aufzeichnung von Telefongesprächsinhalten in der Thüringer Polizei gegeben. Dabei kündigte Innenminister Dr. Holger Poppenhäger auch an, einen externen Prüfbeauftragten - den ehemaligen Abteilungsleiter im Bundesjustizministerium, Wolfgang Schmitt-Wellbrock - einzusetzen, um den Sachverhalt aufzuklären und Verunsicherungen auszuräumen.

Im Anschluss an das Sonderplenenum erklärte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion (siehe Foto): „Das permanente, automatisierte und anlasslose Aufzeichnen von Telefonaten von und zu Anschlüssen der Polizei jenseits von Notrufen ist nicht von den rechtlichen Voraussetzungen in der Dienstanweisung aus dem Jahr 1999 gedeckt. Wir begrüßen, dass sich die Landesregierung transparent zeigt und nach dem Bericht im Innenausschuss auch das Parlament zu dem aktuellen Kenntnisstand unterrichtet hat. Insbesondere der Einsatz eines externen Sonderermittlers kann dazu beitragen, für weitere notwendige Aufklärung zu sorgen und offene Fragen zu beantworten. Es ist wichtig, dass Gefahrenabwehr einerseits aber auch die Grundrechte der Thüringer andererseits gewährleistet bleiben.“

Dorothea Marx, innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: „Wir haben es mit einem Aufzeichnungsproblem zu tun, bei dem es insbesondere eine Differenz zwischen der angefertigten Richtlinie und der Praxis gibt. Die eigentlich streng legitimierte Ausnah-

me ist hier zur Regel geworden. Mit einem eigenen Antrag haben die rot-rot-grünen Fraktionen die Landesregierung aufgefordert, über Umfang, Verhältnismäßigkeit und rechtliche Bewertung der gespeicherten Telefonate aufzuklären. Die Aufarbeitung befindet sich auf einem guten Weg. Wichtig ist auch künftig, eine rechtssichere Dienstvorschrift für alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu haben.“

Dirk Adams, Fraktionsvorsitzender und innenpolitischer Sprecher von B90/DIE GRÜNEN: „Der Datenschutz ist ein fester Bestandteil der Grund-



rechte und dessen Gewährleistung bleibt ein hohes Gut. Eine Beeinträchtigung dieser Grundrechte werden wir nicht hinnehmen. Wir erwarten von der Landesregierung bis spätestens zum Jahresende 2016 eine umfassende Aufklärung, welche die Anzahl, die Art und Weise sowie die Zugriffe auf gespeicherte Telefonate umfasst. Was seit 1999 passiert ist, ist keine Lappalie. Allerdings unterscheidet sich Rot-Rot-Grün von den CDU-Vorgängerregierungen durch einen transparenten Umgang mit der Situation, mit dem auch Maßstäbe gesetzt werden.“

Neben den hier zitierten Abgeordneten der Koalitionsfraktionen hatte auch

der LINKE-Abgeordnete Rainer Kräuter in der Sondersitzung des Landtags das Wort ergriffen. Der Polizeibeamte a.D. hatte darauf hingewiesen, dass die Telefon-Aufzeichnungen nicht das alleinige Problem seien. Mutmaßlich im Jahr 2009 sei in der Landespolizei, speziell im Landeskriminalamt, ein Projekt entwickelt worden, das die flächendeckende elektronische Überwachung eines jeden Nutzers, eines jeden Beamten, eines jeden Personalratsmitglieds, Gewerkschafters und Beauftragten ermöglichte. Der zuständige Hauptpersonalrat sei in diese Entscheidung nicht eingebunden worden. „‘DeviceWatch‘ ermöglicht es, bestimmte Aktivitäten des Nutzers im Netzwerk der Polizei zu protokollieren und durch Administratoren auswerten zu lassen. Bei den in Rede stehenden Aktivitäten handelt es sich um Leistungs- und Verhaltensdaten von Beschäftigten. Deren Speicherung liegt in der Mitbestimmung des zuständigen Personalrats. Diese habe ich unmissverständlich eingefordert. Das beschriebene Programm wird

noch immer genutzt. Was mit den gewonnenen Erkenntnissen passiert, wie und wozu diese genutzt werden, wissen wohl nur die Administratoren bzw. deren diesbezüglich Weisungsberechtigte“, so Rainer Kräuter nach der Landtagssitzung.

Innenminister Dr. Holger Poppenhäger hat angekündigt, auch diese Hinweise dem externen Sonderermittler zu übergeben. „Das Misstrauen, das die CDU-Innenminister in den letzten 17 Jahren in den Polizeieinrichtungen Thüringens ausgelöst haben“, müsse endlich ausgeräumt werden, unterstrich der LINKE-Abgeordnete.

Foto: Peter Lahn

VON A BIS Z:

Verbraucherinsolvenz

Zwischen Januar und Mai mussten in Thüringen 753 Verbraucher Privatinsolvenz anmelden, hinzu kommen 225 Insolvenzverfahren von Einzelselfständigen, das ist eine Steigerung von 3,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Dazu die Sprecherin für Verbraucherpolitik der Fraktion DIE LINKE Diana Skibbe: „Während Insolvenzverfahren von Unternehmen rückläufig sind, steigt die Zahl der Privatinsolvenzen beständig. Hier werden die Folgen der unsozialen Umstellung des Rentensystems sichtbar, die Zahl der Menschen mit extremer Altersarmut bis hin zur Überschuldung nimmt zu. Und immer mehr Menschen geraten trotz Arbeit in die Schuldenfalle – eine Folge der Deregulierung des Arbeitsmarktes. Dringend muss die Situation der 24 Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen verbessert werden, denn nicht wenige der aufwändigen Privatinsolvenzverfahren könnten vermieden werden, wenn rechtzeitig eine gute Beratung möglich wäre. Dazu sind aber die Beratungsstellen immer weniger in der Lage, es fehlt an Personal, Sachmitteln und der Möglichkeit, mit zusätzlichen präventiven Beratungsprojekten drohenden Schuldenfallen vorzubeugen.“

Wir suchen gemeinsam mit dem zuständigen Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz nach kurzfristigen Lösungen, wie wir die Beratungsstellen besser aufstellen können. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass schnelles Handeln notwendig ist.“

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Nachdem der Thüringer Landtag nach der parlamentarischen Sommerpause bereits zu drei Sondersitzungen zusammengekommen ist, sind die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen anberaumt (jeweils mittwochs bis freitags) in der Zeit vom 31. August bis 2. September vom 28. bis 30. September, vom 9. bis 11. November sowie vom 7. bis 9. Dezember 2016.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Tagungen auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Berufsorientierung

Mit der Vereinbarung über den Ausbau der praxisnahen Berufsorientierung von Thüringer Schülern beteiligt sich der Freistaat als erstes ostdeutsche Bundesland an der Bundesinitiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“. Bis 2020 stehen fast zehn Millionen Euro zusätzlich für die Berufsorientierung an den Schulen zur Verfügung. MdL Kati Engel: „Damit haben wir ein Unterstützungssystem ‚aus einem Guss‘. Die Aktivitäten des Landes, des Bundes und der Arbeitsagentur werden koordiniert. Kernbestandteil ist ein praxisbezogenes Testverfahren, das Schüler der 8. Klasse bei der Einschätzung ihrer Fertigkeiten und Kompetenzen unterstützt.“

Reinhardsbrunn

Als richtig und wichtig hat MdL Katja Mitteldorf den Kabinettsbeschluss zur Einleitung eines förmlichen Enteignungsverfahrens für das Schloss Reinhardsbrunn bezeichnet: Es ist „ein unverzichtbarer Bestandteil des Thüringer Kulturerbes und ein historisch wertvoller Ort. Deshalb müssen das öffentliche Interesse und die Belange des Denkmalschutzes im Mittelpunkt stehen. Die Zeit drängt, denn der bauliche Zustand des Schlosses verschlechtert sich stetig und der Eigentümer hat die Auflagen nicht erfüllt. Eine Enteignung, auch wenn diese ein Präzedenzfall und für keinen der Beteiligten ein einfacher Schritt ist, kann den Verlust dieses bedeutenden Kulturdenkmales verhindern.“

Bildungsmonitor

MdL Torsten Wolf zu den Ergebnissen des Bildungsmonitors des Instituts der deutschen Wirtschaft: „Ein weiteres Mal hat Thüringen im bundesweiten Vergleich gute Noten erhalten. Um diese dauerhaft zu sichern, braucht Thüringen gut motivierte LehrerInnen und ErzieherInnen und beste Rahmenbedingungen für Schulen und Kindergärten. Um dies zu gewährleisten, ist es notwendig, in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 jährlich jeweils 1.000 Lehrer in Thüringen neu in den Schuldienst einzustellen, ein aufgabengerechtes Besoldungsgesetz auf den Weg zu bringen, die Lehreraus- und Fortbildung zu stärken und Entlastung z.B. in Form von Teilzeit in die Lehrerzimmer zu bringen.“